

Zeitung

Die Tagung des Obersten Rates.

Heute früh 11 Uhr eröffnet. — Ein englischer Ausgleichsvorschlag. — Hardings weiterer Plan.

London, 30. April. (D. A.) Graf Sforza ist gestern nachmittag hier eingetroffen, gegen Abend traf Briand in Begleitung von Foch, Berthelot und seinen anderen Beratern ein. Die Konferenz wurde heute vormittag um 11 Uhr im Downingstreet eröffnet. Nach den beiden Ministerpräsidenten und Graf Sforza nahmen noch die Vizepräsidenten Frankreichs, Belgien und Italiens in London sowie Lord Curzon und Lord B. Hermon teil. Es verriet sich, daß sich der polnische Außenminister, Herr Sapieha, von Paris nach London begeben hat, um die oberste schließliche Angelegenheit noch vor der Konferenz zur Sprache zu bringen.

Paris, 30. April. (D. A.) Nach Vertines im „Echo de Paris“ stehen sechs verschiedene Punkte auf der Tagesordnung des Obersten Rates. 1. Die Frage des Ultimatums: Hier sei der Standpunkt der Franzosen, daß das Ultimatum des 1. Mai schon an und für sich eine Art Ultimatum darstelle. 2. Das Kommen von Paris: Die Engländer wollten keine Forderung herabsetzen, die Franzosen darüber hinausgehen, um auf das Niveau zu gelangen, das die Reparationskommission festgelegt habe. 3. Die Frage der 12 Milliarden Restschuld aus Artikel 238. 4. Die Regelung des Ausgabebudgets, das französischseits nicht als Druckmittel, sondern als ein dauerhaftes Mittel für die regelmäßige Erfüllung der Verpflichtungen, die Deutschland unterzeichnet habe, angesehen werden. In London glaube man jedoch nicht, daß die Verbindlichkeiten in der Lage sein werden, mit Nutzen aus dem Budget auszuweichen. 5. Wenn die Einzelheiten der Regelung des Ausgabebudgets vorgelegt, 6. Wägen haben, können die belgischen und französischen Minister auf dem Standpunkt, daß die Regelung nicht nur wegen schlechten Willens in der Reparationsangelegenheit, sondern auch wegen Verschlingungen in der Entwaffnungsfrage erfolgen müsse.

Ein englischer Vermittlungsvorschlag.

Im Kampf gegen Loucheur.

Paris, 30. April. (D. A.) Savoy meldet aus London: Der englische Kriegsminister hat gestern vorgeschlagen, auf die deutsche Regierung eine dringende Aufforderung zu richten, mit einer Waise von 42 Jahreszahlungen von je zwei Milliarden Goldmark anzufangen, sowie verbindliche Jahreszahlungen in Höhe von 25 Prozent der deutschen Auslandsschuld. Loucheur bekämpfte diese Forderung. Seine Ausführungen beeinflussten die Engländer aus lebhaftester. Die Belgier setzen sich für die Aufrechterhaltung der Pariser Bestimmungen ein. Briand wird morgen die Notwendigkeit einer einheitlichen Verhandlung betonen. Erst in der Folge können die Verhandlungen einen letzten Schritt der Vereinfachung tun, indem sie das vorgeschlagene Ultimatum auf Deutschland richtete.

Den gleichen angeblichen neuen Reparationsplan Englands entwidelt auch der „Daily News“. Der „Daily News“ ist die Vervollständigung von Lord George ist von dem Kriegsminister Northampton Evans, dem Kolonialminister Winston Churchill und dem Minister für Indien, Rotherham, ein neuer Reparationsplan ausgearbeitet worden, von dem man schon in London gesprochen habe, den aber Briand nicht hätte annehmen wollen.

Die Antwort der Wilhelmstraße.

Der Plan des Ultimatums.

London, 30. April. (D. A.) Die Blätter erklären, daß die von der Wilhelmstraße auf das englische Gesuch um Klärung verschiedener Punkte der wichtigsten deutschen Vorschläge übermittelte Antwort wenig zur Klärung der fraglichen Punkte beigetragen habe, und für vollkommen unbefriedigend angesehen habe. Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ meldet, es könne von Deutschland keine Information beizubringen, die die wichtigsten Punkte in den deutschen Vorschlägen, nämlich der Bedeutung des Angebotes von 200 Millionen in Annuitäten, und des Zeitraumes über den die Annuitäten verteilt werden sollen, erhalten werden. Der Berichterstatter erklärt, wenn die deutsche Regierung die in Paris vorgeschlagene Periode von 42 Jahren oder lieber etwas etwas längere Zeit vorziehen werde, dann würden starke Einflüsse ausgeübt werden, um die deutschen Vorschläge als Verhandlungsgrundlage anzunehmen. Derselbe Berichterstatter zufolge wird in britischen Kreisen nicht länger daran gezweifelt, daß Frankreich, wenn es wolle, bedauerlich, in das Ruhrgebiet einzumarschieren. Denn schon ein abgelehntes deutsches Angebot, das als bedauerlich angesehen werden könne, würde die englische Regierung, die Befugnis des Ruhrgebietes energig widerlegen. Mangels eines befriedigenden deutschen Angebotes werde Lord George nicht nur der Befugnis des Ruhrgebietes zukommen, sondern auch britische Truppen dorthin entsenden lassen. Selbst im schlimmsten Falle würde jedoch wahrscheinlich die britische Regierung, wieviel auch Graf Sforza ein Ultimatum an Deutschland abgeben wird, wenn Deutschland eine Frist von 24 Stunden, vielleicht auch von 48 Tagen gewährt werde, um sich durch Annahme der alliierten Bedingungen zu retten.

Wage um Wage. Nach einer Meldung aus Dublin haben die Streikkräfte der Krone am Mittwoch wieder drei Häuser

von Sinnfeinern zur Verfügung für das Niederbrennen zweier Häuser von lokalen Streikern eingeäschert. Die Streikkräfte werden teil mit, daß diese Repräsentanten fortgesetzt und verhaftet werden sollen.

Die „Krise im Reichskabinett“.

Eine notwendige Klärung.

Berlin, 30. April. (D. A.) Zu den Nachrichten über eine angebliche Krise im Kabinett erzählt das „D. A.“, daß von zukünftiger Stelle folgendes: Es ist richtig, daß der Minister des Auswärtigen vor einiger Zeit dem Reichspräsidenten ein Abschiedsgesuch vorgelegt hat. Wahrscheinlich für den Entschluß des Ministers war sein Eindruck über die Stellungnahme der deutschen öffentlichen Meinung zu seiner Politik. Mit Rücksicht auf die von ihm eingeleiteten Verhandlungen mit Amerika hatte sich der Minister zugleich bereit erklärt, die Geschäfte seines Ressorts vorläufig selbst zu führen. Der Reichspräsident hat das Gesuch abgelehnt, was nicht nur das Kabinett die Vorschläge des Reichspräsidenten über die Fortführung der von ihm mit Amerika begonnenen Verhandlungen billigt, sondern auch die Reichstagsdebatte gezeigt hat, daß die Volkswirtschaft in ihrer großen Mehrheit diese Fortführung wünscht.

Wie zur Stunde ist aus Amerika immer noch keine Antwort eingetroffen. Die Meinung, daß eine weitere deutsche Note nach Washington abgelehnt worden sei, bestätigt sich nicht. Gleichwohl wird bestritten, daß das Kabinett in seiner Sitzung am Freitagabend einen Beschluß in der Reparationsfrage gefaßt habe.

Hardings Vermittlungspläne.

Nach den Antworten.

Paris, 30. April. (D. A.) Savoy meldet aus New York vom 29. April: Die allgemeine Meinung geht dahin, daß die Reparationsfrage der Hauptgegenstand der heutigen Besprechungen des Kabinetts gewesen ist. In gewissen Kreisen vermutet man damit, daß die deutschen Vorschläge darauf abgeändert werden, daß sie den Verhandlungsbedingungen eines Wiederaufnahmestandes der Verhandlungen annehmbar werden können.

Die Ruhr-Aktion.

Der Kohlenpunkt.

Paris, 30. April. (D. A.) Die Vertines im „Echo de Paris“ aus London berichtet, sind als Kohlen für die Befugnis des Ruhrgebietes im ersten Monat 100 Millionen Franken vorgesehen; in den weiteren Monaten etwa 80 Millionen. Ferner ist als wirtschaftliche Maßnahme außer der Bekämpfung der Kohlenfrage abgelehnt worden, eine 50-prozentige Erhöhung der Kohlenpreise, sowie eine 50-prozentige Beteiligung an der Industrie vorgelegt. Dieses System, meint Vertines, könne als ein Druckmittel auf ganz Deutschland angesehen werden. Die neue Politik werde zur Einleitung einer internationalen Kommission für die deutsche Schuld führen, ebenso eine Hypothek ersten Ranges feststellen.

Die Schadenersatzfrage.

Eine deutsche Note.

Am 24. April d. J. hat die Kriegsaktenkommission der Reparationskommission eine Note zur Regelung der Schadenersatzfrage übergeben, die u. a. besagt, daß die von den alliierten Regierungen der Reparationskommission eingereichten Schadenersatzrechnungen zum überwiegenden Teile in einer Weise aufgestellt seien, die es nicht erlaubt, zu einer klaren Erkenntnis der berechneten Schäden und ihrer Bewertung zu gelangen. Sie enthalten in sehr vielen Fällen nur Erzählungen für einzelne Schadenersatzgruppen, auch über die Methoden der Schadenersatzteilung und -abhebung werden nur lückenhafte Angaben gemacht. Auch hat die deutsche Delegation aus Mangel an ausreichender Zeit für die Bearbeitung nicht überall dazu gelangen können. Nun hat die Reparationskommission in offizieller Sitzung am 27. April abends 9 Uhr den stellvertretenden Vorsitzenden der Kriegsaktenkommission eine mündliche Erklärung abgegeben und schriftliche Befragungen in Aussicht gestellt, daß in Ausführung des Artikels 238 des Versailler Vertrages die Reparationskommission einstimmig beschloß, die Höhe der Schäden, für welche der deutsche Staat gebührend mit, auf 12 Milliarden Goldmark festgesetzt. Der deutsche Vertreter hat diese Erklärung entgegen genommen und sich wegen des Gebotes über den Zahlungsplan eine Erklärung vorbehalten.

Nach Mitteilung der britischen Regierung vom 29. April ist seitens der Kriegsaktenkommission eine schriftliche Erklärung übergeben worden, die besagt, daß in der Sitzung der Reparationskommission vom 29. April der deutsche Vertreter nicht zu erscheinen hat.

Einflussener und sein Ende! Nach einer Meldung aus Dublin haben die Streikkräfte der Krone drei Häuser von Sinnfeinern zur Verfügung für das Niederbrennen zweier Häuser von lokalen Streikern eingeäschert. Die Streikkräfte werden teil mit, daß diese Repräsentanten fortgesetzt und verhaftet werden sollen.

Die Folgen.

Wo Einsparung nottut.

Die Reichstagsdebatten über das deutsche Angebot an die Entente haben erkennen lassen, daß sich auch die Arbeiterkraft der Schwere der Kassen bemüht ist, die das deutsche Volk auf sich nehmen will. Die Güter, die an die Entente abgeliefert werden sollen, das Geld, das ihr gezahlt werden soll, mühen deutsche Hände erst erarbeiten, und es besteht die Gefahr, daß die Verteilung der Kassen nicht mit der Geschwindigkeit erfolgt, die nötig ist, um in friedlichem Zusammenwirken aller Schichten und Klassen ihre Abwendung zu erreichen. In dem gegenwärtigen Wirtschaftskrisis sind zwar der unmittelbare Träger der Kassen die Industrie- und Handelskreise. Aber wie sie es im mer ermöglicht haben, so werden sie auch jetzt versuchen, die ihnen auferlegten Kassen auf die Schultern der großen Massen abzuwälzen. Man möchte die Steuerlasten noch so sehr anziehen, um den Unternehmergewinn zu beschneiden, die Arbeiter müßten noch so hohe Löhne durchsetzen, um das Kapital, wie sie meinen, zu schmälern — die Gewinne nahmen nicht ab, sondern ließen sogar. Man braucht nur die Dividendenlisten zu verfolgen, um festzustellen, daß heute noch trotz tiefsten Niedrigstands unserer Wirtschaft die Gewinne gemacht werden. Der Grund, daß es sich nur um Gewinne in Papiermark handelt, ist nicht nachhaltig, weil die Aktionäre so von diesen Papiermark leben. Und wie viele Aktien trotz der Not der Zeit heute noch leben, das kann man in den großen Städten tagtäglich sehen. Die so unbedenklich sich anhebende Gewinne und die unkluge Verwendung dieser Gewinne, sind sicherlich ein Grund, daß die Alliierten Deutschlands Leistungsfähigkeit höher einschätzen als es angebracht ist.

Wenn die deutsche Regierung den Alliierten 50 Milliarden Goldmark als Gegenleistung von 200 Milliarden Goldmark in Annuitäten angeboten hat, so ist anzunehmen, daß die deutsche Wirtschaft in der Lage ist, die Summen in Geld oder Gütern auszugeben, denn andererseits wäre das Angebot nicht erfolgt. Innerpolitisch interessiert aber die Frage, ob die Leute, die bisher an der Not des Vaterlandes so gut verdient haben, nicht auch in Zukunft verdienen werden, mit der Lastenübernahme ein gutes Geschäft zu machen. Sie werden aus dem Arbeiter das Letzte herausziehen und herausziehen müssen, um den Verpflichtungen gegenüber der Entente nachkommen zu können, aber es wird sich dabei ganz gewiss die Forderung zeigen, den Arbeitslohn auf das allerbestmögliche Maß herabzurufen, damit die Leistung an die Entente immer noch einen Uberschuß abwirft.

Der erschreckende Mangel an Einsparung in unseren führenden Wirtschaftskreisen hat zweifellos ganz beängstigt, daß die Situation außenpolitisch und innerpolitisch zu hoffnungslos geworden ist. Man jammert über die Unmöglichkeit der Kapitalbildung infolge der hohen Besteuerung, ohne sich klar darüber zu werden, daß in der Lage, in der sich Deutschland heute befindet, wie schon heftig sein können, wenn es glückt, das alte Kapital, das heißt die Wirtschaft im vorhandenen Umfang, zu erhalten. Nach diesem Zusammenbruch von Kapitalneubildung, also von expansionistischer Wirtschaftspolitik, ist die Wirtschaft in Deutschland, die bisher auch völlig unberührt, denn die fast durchwegs günstigen Betriebsergebnisse der Industrie zeigen, daß eine Kapitalbildung einwärtig sehr wohl möglich ist. Nachdem jahrelang das Verdrängen im großen Stil betrieben worden ist, wird jetzt unter ganz anderen Verhältnissen verdrängt, die hohen Dividendenpolitik mit allen Mitteln zu verteidigen. Je weniger innere Kapitalbildungsmöglichkeiten für die Erlöse sprechen werden, um so eher wird man — den Lustakt dazu haben wir jetzt schon erlebt — geneigt sein, die durch äußerliche Maßnahmen zu erzwingen. Wenn die Herren Sinnes und Loucheur als Exponenten des großkapitalistischen Wirtschaftssystems heute in Deutschland stehen, was durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt, dann wäre für die goldene Internationale gewiß eine herrliche Zeit gekommen, aber das arbeitende Volk hätte dabei wahrlich nichts zu lachen, wahrheitsgemäß ebenso wenig zu essen.

Es liegt auf der Hand, daß ein Zusammenbruch von dem Umfang, wie wir ihn erlebt haben, und die Aufhebung derartiger Kassen, wie sie uns auferlegt werden sollen, das Kulturniveau eines ganzen Volkes tief herabdrücken muß. Aber es gibt unten eine Grenze, die bei Gefahr für das Ganze, nicht überschritten werden darf. Vielleicht ist man sich auch in den Mittel- und Unterständen unseres Volkes noch nicht allgemein bewußt, was es bedeutet, in diese Katastrophe geraten zu sein. Wie leicht wird auch in den durch die Not dieses Friedens bereits in Mitleidenschaft gezogenen Schichten nach mancher Verzicht auf Kulturverrichtungen notwendig werden, aber es gibt Hunderttausende, ja Millionen, die nicht weiter verzichten können, weil sie schon heute nur noch leben, um das nackte Leben zu fristen. Verfaßt sich der Wirtschaftsbau von oben unter der Aufsicht der wirtschaftlichen Machthaber, so muß dieser Druck seine politische Auswirkung finden und zu einer gewalttätigen Ausbeutung der Gegenstände führen, die jetzt bereits reichlich fassbar sind.

Diese endgültige innerpolitische Auseinandersetzung kann kommen, sie muß aber nicht kommen. Sie wird dann nicht kommen, wenn das Wort „Verzicht“ auch in den Kreisen unseres Volkes bekannt wird und praktische Anwendung findet, denen es bisher fremd war, oder die es nur fauchen, aber sich um seine Bedeutung herumzudenken wußten, indem sie andere zum Verzicht zwangen. Die Übernahme der Milliardenlasten oder die Durchführung der „Sanctionen“ schafft soziale und wirtschaftliche Probleme von einer Größe, die das Volk nicht selbst lösen kann. Es ist unsern Volke erlassen wird, wissen wir nicht, daß es aus den durch die Revolution entworfenen